

Eingelangt am: 26.02.2003

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Gabriele Moser, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Veräußerung von Bundesimmobilien

Da Eurostat die Ausgliederung der Bundesimmobilien nicht als defizitmindernd im Sinne von Maastricht anerkannte, wie bereits von der Anfragestellerin im Zuge der Debatten im Ausschuss und im Parlament befürchtet, wurde ein wesentlicher Zweck der Ausgliederung nicht erreicht, somit stellt sich die Frage des effizienteren Gebäudemanagements umso vordringlicher.

Nachdem das Bundesimmobiliengesetz auf eine effizientere Nutzung der vorhandenen Flächen, einen Verkauf von freiwerdenden Immobilien und damit verbundene Einsparungen und Einnahmen abzielt, ist eine erste kurze Evaluierung der vorgenommenen Ausgliederung der bundeseigenen Liegenschaften vorzunehmen.

An Hand von Beispielen soll auch geklärt werden, wie weit die Einmietung von Institutionen und Behörden in private Objekte und der Verkauf von Liegenschaften zwar kurzfristig zu Schuldenabbau, aber mittel- und langfristig zu Budgetbelastungen auf Grund von Mietzahlungen an Dritte führt.

Durch die Übersiedlung des Jugendgerichts wird das Objekt in der Rüdengasse an die BIG zurückgegeben, sodass ein Verkauf möglich wird.

Durch die Auflassung der Außenstelle in Rottenstein/Kärnten wurde die Liegenschaft zum Verkauf ausgeschrieben.

Durch die Übersiedlung des Wiener Landesgerichts wird das Objekt in der Riemergasse frei, sodass ein Verkauf erwogen werden kann.

Im Mai soll das Patentamt vom Kohlmarkt in ein privat errichtetes Objekt in der Dresdnerstraße übersiedeln, wobei auf eine Ausschreibung der damit verbundenen Leistungen verzichtet wurde.

In der Landeshauptstadt Linz soll ein Dienstleistungszentrum in der Dametzstraße durch ein privates Konsortium errichtet werden, in welches das Finanzamt Linz, das Zollamt und weitere Finanzbehörden übersiedeln könnten. Frei werdende

Räumlichkeiten der Kunsthochschule in der Sonnensteinstraße stünden damit nach der Übersiedlung der Kunsthochschule in das Brückenkopfgebäude (derzeit Finanzamt) zum Verkauf an.

Die letztgenannten Institutionen werden zu Mietern auf dem freien Markt, wodurch dem Bund Mieteinnahmen verloren gehen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. a) Aus welchen Gründen berücksichtigten Sie nicht die Bedenken gegen die Maastricht-Relevanz der Ausgliederung der Bundesimmobilien?
b) Welche budgetäre Folgen hat diese Fehlkalkulation?
2. Wann werden Sie eine erste Evaluierung der Ausgliederung der Bundesimmobilien vornehmen?
3. a) Werden Sie mit einem entsprechenden Ansinnen an den Rechnungshof herantreten?
b) Wenn nein, warum nicht?
4. In welcher Form werden vor Übersiedlungen und Verkäufen Berechnungen über die Wirtschaftlichkeit der Transaktion angestellt, die sowohl kurzfristige Einnahmen wie langfristige (30 Jahre) Belastungen durch Mietzahlungen an Dritte umfassen?
5. Wie viele Quadratmeter wurden nach Inkrafttreten des Bundesimmobiliengesetzes auf dem freien Markt angemietet bzw welche „Bundes-Mieter“ verlor die BIG in welchem räumlichen Umfang?
6. a) Auf welche Summe werden sich die Mieten für diese Bundeseinrichtungen in den nächsten 10 Jahren bzw 20 belaufen?
b) In welchem Verhältnis stehen Verkaufserlös und Mietzahlungen?
7. Wie hoch sind derzeit die Verkaufserlöse aus den Bundesimmobilien?
8. Welche Objekte mittleren und größeren Umfangs wurden bisher verkauft und an wen?
9. Wie groß ist derzeit der Umfang der freistehenden Flächen im Eigentum der BIG?
10. Können Sie Cross-Boarder-Leasing von Bundesgebäuden ausschließen?
11. Wie viel wurde in den letzten fünf Jahren für bauliche Verbesserungen in dem Objekt Rüdengasse investiert?

12. a) Welche KaufinteressentInnen sind Ihnen für das Objekt Rüdengasse bekannt?
 - b) Hatte auch Präsident Prinzhorn Interesse?
 - c) Wann wird der Verkauf abgeschlossen?
13. Wie viel wurde in den letzten fünf Jahren für bauliche Verbesserungen in dem Objekt Rottenstein/Kärnten investiert?
14. Welche KaufinteressentInnen gibt es?
15. Das Handelsgericht Wien, das Bezirksgericht für Handelssachen Wien und das Bezirksgericht Innere Stadt Wien sollen laut Auskunft des Justizressorts (3708AB) mit 1.9. 2003 in den City-Tower, Wien Landstraße übersiedeln.
 - a) Halten Sie dieses Datum für realistisch?
 - b) Welcher Verwendung soll das Objekt Riemergasse 4 und 7 zugeführt werden?
16. Welche KaufinteressentInnen gibt es?
17. Gibt es bereits Verhandlungen über den Verkauf des Patentamt-Gebäudes am Kohlmarkt? Welche Interessentinnen treten in ernsthafte Verhandlungen?
18. Wie beurteilen Sie eine Einmietung diverser Behörden in einem zu errichtenden Finanzdienstleistungszentrum in der Dametzstraße in Linz?
19. Wie hoch würde die Miete pro Quadratmeter sein?
20. Wie hoch wird der Verkaufserlös der Liegenschaften in der Sonnensteinstraße veranschlagt?